

Wahlkreistag Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Dokumentation des dritten Wahlkreistages am 27. April 2024



Inhalt

1	Überblick.....	2
2	Das Projekt Hallo Bundestag.....	3
3	Ergebnisse des Wahlkreistages.....	4
3.1	Begrüßung und Kennenlernrunde.....	4
	Begleitmappe.....	5
3.2	Erste Gruppenphase am Vormittag.....	6
3.3	World Café und Diskussion mit dem Abgeordneten	12
3.3.1	Gruppe 1: Information und Beteiligung.....	14
3.3.2	Gruppe 2: Wahlen.....	16
3.3.3	Gruppe 3: Direkte Demokratie.....	18
3.4	Abschlussrunde.....	20
4	Ausblick.....	22

1 Überblick

Am 27. April 2024 fand von 10 bis 17 Uhr im Rahmen des Projekts *Halo Bundestag – Gewählt. Gelost. Gemeinsam. Wahlkreisräte für die Demokratie* der dritte Wahlkreistag im Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I statt.

22 zufällig aus dem Melderegister ausgeloste Menschen aus dem Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I in NRW trafen sich in der Stadthalle Hagen, um untereinander und mit ihren Bundestagsabgeordneten zu diskutieren. Das Thema der dritten Phase wurde basierend auf Ideen der Abgeordneten entwickelt – in diesem Fall des anwesenden Timo Schisanowski (SPD). So lautete das Thema: „Deine Demokratie, dein Einfluss – wie können wir unsere politische Stimme stärken?“. Janosch Dahmen (Bündnis 90/Die Grünen) und Katrin Helling-Plahr (FDP) konnten aufgrund der Unterstützung beim Wahlkampf der Grünen in Ostdeutschland und dem FDP-Bundesparteitag leider am Wahlkreistag nicht dabei sein.

Am Vormittag arbeiteten die Teilnehmenden in gelosten Kleingruppen. In diesen sammelten sie Sorgen, Unklarheiten und Gutes in Bezug auf den Status Quo der Demokratie. Vor diesem Hintergrund sollte am Nachmittag an der Frage gearbeitet werden, wie die Demokratie verbessert werden könne.

Hierfür kam in der Mittagspause der direktgewählte Abgeordnete Timo Schisanowski (SPD) zur Veranstaltung hinzu. In der folgenden zweiten Gruppenphase wurde eine Methode eingesetzt, bei der der Abgeordnete nacheinander in allen Gruppen mitarbeitete, bevor die Ergebnisse dann zum gemeinsamen Abschluss im Plenum vorgestellt und mit den anderen Teilnehmenden diskutiert wurden.

Die drei Themen für den Nachmittag lauteten:

1. Information und Beteiligung, mit Fragen wie: Welche Beteiligungsmöglichkeiten sollte der Staat anbieten und wie verbindlich sollten sie sein? Wo braucht es mehr Transparenz?
2. Wahlen, mit Fragen wie: Ab welchem Alter sollten wir wählen dürfen? Braucht es dafür zwingend die deutsche Staatsbürgerschaft? Und wer sollte sich zur Wahl stellen dürfen?
3. Direkte Demokratie, mit Fragen wie: Brauchen wir Volksabstimmungen auf Bundesebene?

Zu dieser Dokumentation: Nach einer kurzen Beschreibung des Gesamtprojekts (Abschnitt 2) gibt diese Dokumentation die Ergebnisse des Tages entlang des Prozesses wieder (Abschnitt 3).

	Ausgeloste Personen	Zusagen	Teilnahmen
Jugend (12-18 J.)	27	9	6
Erwachsene	200	21	16

Anmerkung: Einige Ausgeloste, die zugesagt hatten, mussten aufgrund von Krankheit oder Krankenvertretung auf Arbeit kurzfristig ihre Teilnahme absagen.

2 Das Projekt Halo Bundestag

Halo Bundestag verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen gewählten Vertreter:innen im Bundestag und gelosten Einwohner:innen aus deren Wahlkreisen langfristig zu stärken. Der Slogan *Gewählt. Gelost. Gemeinsam.* macht diese Vision deutlich und hebt insbesondere das Gemeinsame hervor, das für das Projekt zentral ist und das in Bürger:innenräten oftmals zu kurz kommt.

Dafür veranstalten wir in sechs Wahlkreisen in drei Phasen jeweils sogenannte [Wahlkreistage](#). Das sind eintägige Workshops mit zufällig aus dem Melderegister gezogenen Menschen aus einem Wahlkreis sowie den Abgeordneten, die für diesen Wahlkreis direkt oder über Parteiliste in den Bundestag gewählt sind. Das Losverfahren ist in mehrfacher Hinsicht ausschlaggebend für die Sicherung der Vielfalt der Teilnehmenden:

- Wir losen aus den Melderegistern: Alle Menschen, die dort gemeldet sind, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Wahlrecht, können ausgelost werden.
- Wir nutzen in all unseren Prozessen das [Aufsuchende Losverfahren](#). Dieses stellt sicher, dass diejenigen kommen, die der Zufall ausgelost hat. Wir losen datensparsam aus und besuchen diejenigen, die nicht auf den Einladungsbrief antworten, zu Hause.
- Wir losen ab 12 Jahren aus, um insbesondere Jugendliche, die zwar am längsten von den heute getroffenen Entscheidungen betroffen sind, jedoch noch nicht wählen dürfen, einzubinden.

In der dritten Projektphase, in der der hier dokumentierte Wahlkreistag stattfand, wurden bei den Wahlkreistagen in den verschiedenen Wahlkreisen jeweils unterschiedliche Themen diskutiert. Für alle in dieser Phase stattfindenden Wahlkreistage hatten die Abgeordneten Themen vorgeschlagen und sich dann untereinander und in Abstimmung mit dem Projektteam auf ein Thema geeinigt. In der zweiten Projektphase ging es an den Wahlkreistagen um das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat. In der ersten Phase drehten sich die Wahlkreistage um die Beziehung der Menschen in den Wahlkreisen zu ihren Abgeordneten im Bundestag und der Bundespolitik insgesamt.

Alle Teilnehmenden der Wahlkreistage können in den sogenannten [Wahlkreisrat](#) eintreten. Der Wahlkreisrat als Gruppe von Menschen mit diversen Perspektiven dient unter anderem dazu, Abgeordneten kurzfristig Feedback zu wichtigen (bundespolitisch) relevanten Themen zu geben, weitere Wahlkreistage einzuberufen und so die Beziehung zwischen Abgeordneten und Menschen im Wahlkreis langfristig zu stärken.

Weitere Infos unter: <https://hallobundestag.de/das-projekt-hallo-bundestag>.

3 Ergebnisse des Wahlkreistages

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Wahlkreistages in Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I am 27.04.2024 zusammengetragen. Der Aufbau orientiert sich Schritt für Schritt am Tagesablauf. Der Tag gliederte sich grob in zwei Arbeitsphasen in Kleingruppen am Vor- und am Nachmittag sowie eine Aufstellung mit dem Abgeordneten am späteren Nachmittag.

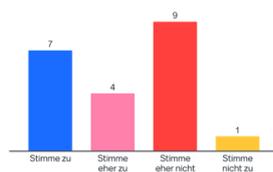
3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde

Wie bereits der erste Wahlkreistag fand auch der dritte in der Stadthalle Hagen statt, in dem die Teilnehmenden herzlich empfangen wurden. Nach einer einleitenden Vorstellung des Projekts und des Tagesablaufs bekamen die Teilnehmenden Raum, kurz etwas zu sich zu erzählen. Leitfrage hierfür war zunächst, wie sie auf die Einladung reagiert haben und was sie letztlich motiviert hat, am Wahlkreistag teilzunehmen. Wie bei anderen Terminen im Laufe des Projekts war auch in Hagen die Neugier ein wichtiger Faktor, der spätestens nach dem Erinnerungsbrief einsetzte. Drei Teilnehmende wollten mit ihrer Anwesenheit etwas für die Gesellschaft tun, die sie im Wandel oder in der Krise sähen. Bei manchen Gesprächen im Vorfeld hatten sich Einwände wie: „Ich habe doch gar keinen deutschen Pass“, „Mein ausgelostes Kind hat eine schwere Behinderung“, oder „Mir fällt es aufgrund meines Alters schwer, ohne Taxi zur Veranstaltung zu kommen“ dann erst durch ein Telefonat oder das Aufsuchen geklärt, sodass sie mit entsprechender Unterstützung auch zur Veranstaltung kommen konnten.



Nach diesem ersten Kennenlernen erfragte Paul Naudascher vom Projektteam ein Stimmungsbild zur Demokratiezufriedenheit bei den Teilnehmenden mithilfe eines Online-Tools. Dies bot den Teilnehmenden einen Einstieg in das Thema.

"Ich finde, dass die Umsetzung der Demokratie in Deutschland gut funktioniert"



"Ich vertraue den politischen Parteien und ihren Vertreter:innen in Deutschland"



Begleitmappe

Als Grundlage für die Gespräche am Wahlkreistag stand den Teilnehmenden eine Mappe zur Verfügung, um unabhängig von ihrem Vorwissen eine geteilte Wissensbasis herzustellen. In dieser Mappe wurde das Thema mit wissenschaftlichen Perspektiven und Studien angereichert und so eine Grundlage für die Diskussionen geschaffen. Außerdem diente es dazu, dass Teilnehmende einzelne Fragen oder Zahlen immer wieder nachschauen können, um ihre Argumente zu untermauern oder andere zu widerlegen.

Die Mappe gab zunächst einen Einstieg in das Thema Demokratiezufriedenheit. Hierfür stellte sie ein paar wichtige Erkenntnisse aus oben bereits angesprochenen Studien, die dieses Thema regelmäßig untersuchen, zusammen. Die Studien unterscheiden im Grunde zwischen drei verschiedenen Ebenen:

1. Bewertung der **Idee**: Finde ich, dass die Demokratie an sich eine gute Staatsform ist?
2. Bewertung der **Verfassung/Prozesse**: Finde ich die Regeln gut, nach denen die Demokratie funktioniert? Diese Ebene sollte im Mittelpunkt des Wahlkreistags stehen.
3. Bewertung der **Ergebnisse/Umsetzung**: Finde ich, dass die Demokratie in der Realität gute Ergebnisse hervorbringt?

Anschließend gab die Mappe auf vier Seiten Antworten auf die Fragen: „Was macht eine Demokratie aus?“, „Wie funktioniert das politische System Deutschlands?“ und gab zudem einen Exkurs zum Demokratie-Index, der den Zustand der Regierungsform in 167 Ländern untersucht.

3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag

In der ersten Gruppenphase kamen vier Kleingruppen zusammen. Sie zielte darauf ab, über persönliche Erfahrungen und Bezüge der Teilnehmenden sich dem Thema anzunähern.

Zum Einstieg diente eine Übung des „aktiven Zuhörens“ mit vorbereiteten Fragen zum Thema. Diese bezogen sich auf persönliche Empfindungen und Erfahrungen. Während eine Person Fragen stellte, durfte die andere Person antworten, ohne unterbrochen oder in ihren Aussagen kommentiert zu werden. Nach 10 Minuten sollte die zuhörende Person kurz zusammenfassen, was sie gehört und verstanden hatte, dann wurde getauscht. Die Methode unterstützt eine achtsame Kommunikation, die auf das Verstehen anderer ausgelegt ist. Diese Kommunikation prägte die Gesprächsatmosphäre des gesamten Tages zwischen den Teilnehmenden.



Im Anschluss an die Übung des aktiven Zuhörens sollten die Zweierpaare über die Inhalte ihres Gesprächs diskutieren. Nach der Zweier-Übung trafen sich die Teilnehmenden wieder in ihren Kleingruppen, um die in ihren Gesprächen geäußerten **Unklarheiten** und **Sorgen**, die ihnen beim Begriff „Demokratie“ einfallen, miteinander zu teilen und zu diskutieren. Sie sollten jedoch auch darauf eingehen, was ihnen **Gutes** in dem Kontext einfiel. Ziel war es, in jeder Gruppe die geäußerten Erfahrungen und Beobachtungen mithilfe der Moderation auf einem Dreieck anzuordnen, das sich an den oben genannten Ebenen von Demokratiezufriedenheit orientierte:

1. Welche Aussagen beziehen sich auf die Demokratie als **Idee**?
2. Welche auf die demokratischen **Prozesse und Regeln**?
3. Welche Äußerungen wiederum beziehen sich auf ihre **Umsetzung**, also die Ergebnisse politischer Arbeit?

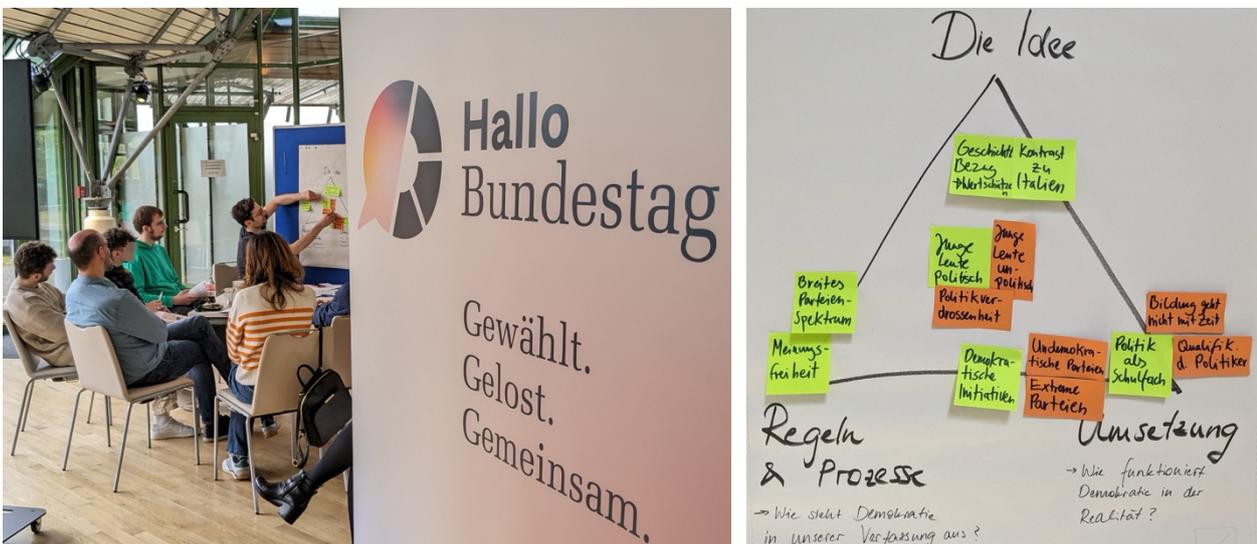
Folgend werden die **Ergebnisse der ersten Kleingruppenphase** kurz zusammengefasst.

In der **ersten** Gruppe gab es in Bezug auf die erste und zweite Dimension nur positive Äußerungen. Teilnehmende hoben den geschichtlichen Bezug hervor, vor dem sie die Demokratie Deutschlands als Errungenschaft wertschätzten. Eine Teilnehmerin mit italienischem Pass ergänzte, dass sie diese grundsätzliche Haltung in ihrem Heimatland aktuell vermisse, zumal hier die faschistische Vergangenheit wenig bis gar nicht aufgearbeitet worden sei.

In Bezug auf die zweite Dimension der Prozesse und Regeln hoben die Teilnehmenden die Meinungsfreiheit als ganz zentrale, in der Verfassung festgehaltene Freiheit des Menschen hervor. Auch das breite Parteienspektrum, das es in Deutschland gibt, nahmen sie als etwas sehr Positives wahr.

Kritische Punkte kamen – wie bereits in der Online-Befragung zu Beginn der Veranstaltung zu erkennen war – einzig in Bezug auf die konkrete *Umsetzung* von Politik zur Sprache. Kritische Punkte waren hier das Gefühl, dass Politiker:innen für ihre Arbeit nicht hinreichend qualifiziert seien und dass die Bildungspolitik nicht mit der Zeit gehe, während eine undemokratische und extreme Partei wie die AfD an Bedeutung gewinne. Positiv hervorgehoben wurden dagegen die vielen Initiativen, die sich in Deutschland für die Demokratie einsetzten. Ein Schüler berichtete zudem von seinem guten Politikunterricht – für ihn ein ganz wichtiger Baustein für eine demokratische Gesellschaft.

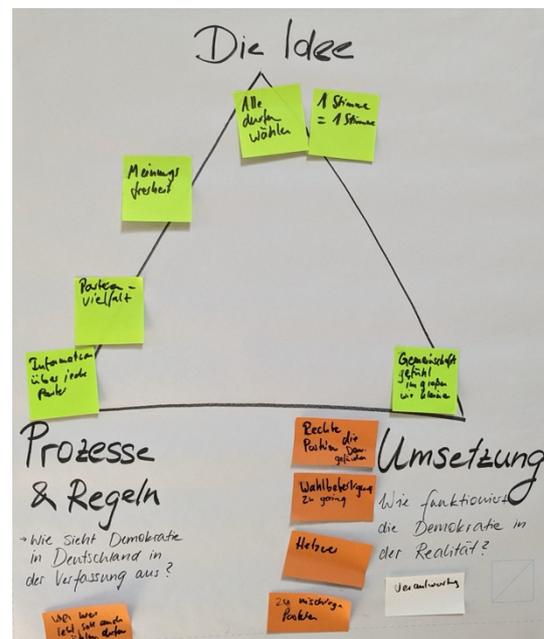
Ein paar Äußerungen waren eher der Mitte des Dreiecks zuzuordnen, da sie die nicht-organisierte Zivilgesellschaft betragen: Es gab Uneinigkeit darüber, ob junge Leute eher unpolitisch seien, was manchen Teilnehmenden Sorgen bereitete, während insbesondere jüngere Teilnehmende das Gegenteil schilderten. Einig waren sie sich jedoch in ihrer Sorge um die Politikverdrossenheit in der Gesamtgesellschaft.



In der **zweiten** Gruppe herrschte große Einigkeit darüber, dass die Grundsätze der Demokratie wichtig sind. Dazu gehörte für die Gruppe insbesondere, dass alle wählen dürfen, eine Stimme nicht mehr zählt als eine andere, es eine Meinungsfreiheit gibt und auch, dass es eine Parteilichkeit gibt. Bei letzterem Punkt gab es eine Diskussion dazu, ob nicht die Parteilichkeit im Prozess zu Problemen führe, z. B. wenn eine Koalition nur noch mit sehr vielen Parteien möglich ist.

Wichtig für eine funktionierende Demokratie sei es, dass es möglich ist, sich neutral über Parteien zu informieren. Das sei in der Umsetzung nicht immer einfach. Insgesamt gab es bei der Umsetzung auch die größten Sorgen und Bedenken. Einerseits sei es wichtig, dass neben den ganzen Regeln und der Idee einer Demokratie auch ein Gefühl von Gemeinschaft existiere, sowohl im Großen (Nation) als auch im Kleinen (z. B. Stadt). Andererseits merkten einige an, dass genau das nicht gegeben sei, wenn die Parteien und Politiker:innen nicht respektvoll miteinander umgingen. Insbesondere sehr rechte Parteien wurden hier als Problem benannt, da es mitunter zu Hetze gegen politische Gegner komme. Weitere Probleme seien eine zu geringe Wahlbeteiligung und Parteien, die nur ganz kleine Nischen bedienen.

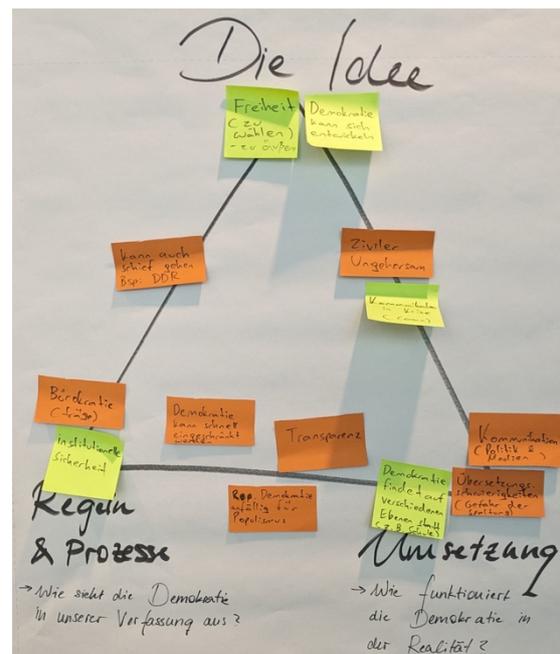
Eine längere Diskussion gab es zu der Frage, wer in Deutschland wählen darf. Einige Teilnehmende fanden es nicht nachvollziehbar, dass das Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit gebunden ist, wenn Menschen z. B. ihren Lebensmittelpunkt seit Jahrzehnten in Deutschland haben. Dies war ein Aspekt, das am Nachmittag noch detaillierter diskutiert werden sollte.



In der **dritten** Gruppe wurden mehrere Sorgen geäußert, die sich jedoch allesamt nur auf die Ebenen der Regeln & Prozesse, sowie der Umsetzung beschränkten. Die Freiheit zu wählen und die Anpassungsfähigkeit der Demokratie wurden als positive Aspekte an die Spitze der Pyramide („Idee der Demokratie“) geheftet.

Letzteres bot die Überleitung zur Sorge, wie anfällig Demokratien dafür seien, mit demokratischen Mitteln abgeschafft oder eingeschränkt zu werden – mehrere Teilnehmende äußerten sich in diese Richtung. Dem widersprach ein Teilnehmer jedoch in Teilen, indem er die institutionelle Sicherheit (z. B. die Verfassung) betonte, die die Demokratie stabilisiere. Die institutionelle Trägheit sei jedoch auch negativ zu bewerten, z. B. in Form von umständlicher Bürokratie.

Die wichtigsten Mankos bei der Umsetzung von Demokratie beobachteten die Teilnehmenden bei der Transparenz, sowie bei der Kommunikation, bzw. den Übersetzungsschwierigkeiten von Politik und Medien. Gelungen fand eine Teilnehmerin rückblickend – bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Maßnahmen – die Krisenkommunikation der Politik in der Coronakrise. Dass Demokratie in Deutschland auf vielen verschiedenen Ebenen stattfindet, von der Bundespolitik bis hin zur Schule, sei etwas Gutes.



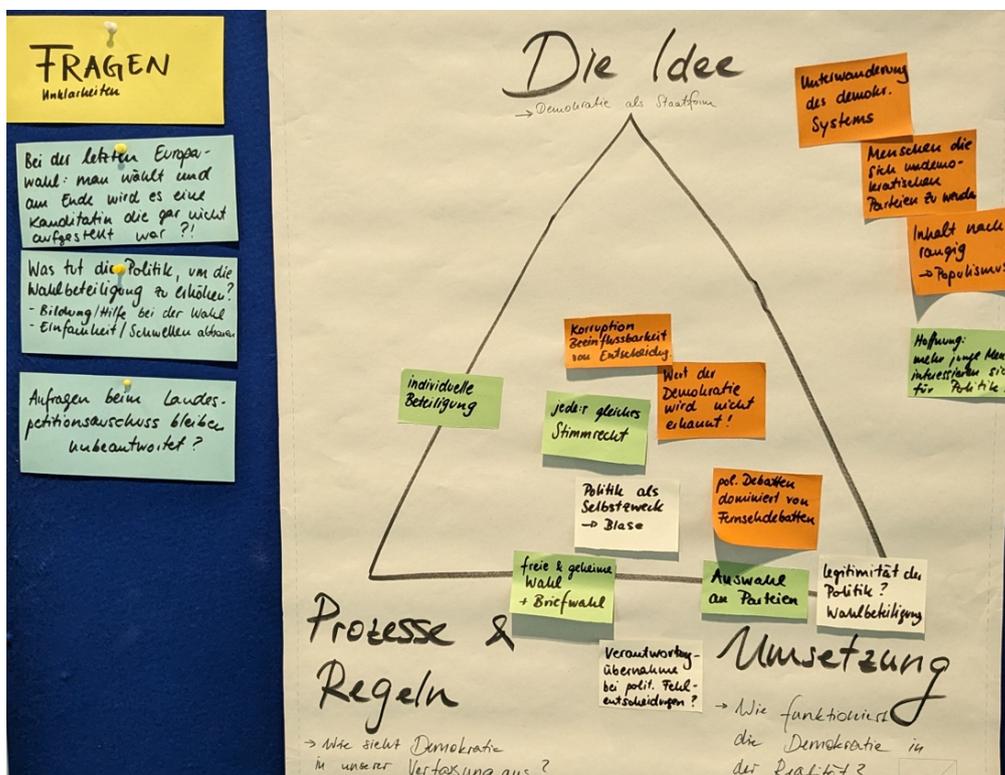
Die **vierte** Kleingruppe war sich einig, dass Grundbausteine wie freie und geheime Wahlen, gleiches Stimmrecht und die Parteilichkeit sehr positiv an der deutschen Demokratie seien. Zentral eingeordnet wurde die Sorge, dass viele den Wert der demokratischen Staatsform nicht erkennen. Als Grund wurden Fernsehdebatten genannt, die als politische Diskussionsbühne wahrgenommen würden, aber als Unterhaltungsprogramm selten positiv dazu beitragen.

Ebenfalls in die Mitte des Dreiecks positionierten die Teilnehmenden die Sorge um Korruption und das Gefühl, dass Politik sich in einer Blase fern von ihnen abspiele. Als Beispiel hierfür wurde angeführt, dass nach der letzten Europawahl mit Ursula von der Leyen eine Kandidatin Präsidentin wurde, die zuvor nicht für dieses Amt kandidiert hatte.

Die Unterwanderung des demokratischen Systems und die Präsenz einer undemokratischen Partei in demokratischen Organen beängstigte eine Teilnehmende. Eine andere Teilnehmerin fügte hinzu, dass durch diese Gefahr auch die inhaltliche Diskussion nachrangiger werde. Hierbei kam die Frage auf, was die Politik tue, um die Wahlbeteiligung in diesem wichtigen Wahljahr nachhaltig zu erhöhen, bzw. die Demokratie zu stärken. Vorschläge dazu kamen in der Gruppe auch direkt auf, wie das Stärken politischer Bildung in Schulen, und die Vereinfachung von Wahlen durch bspw. digitale Wahlen.



Abschließend teilten die älteren Gruppenmitglieder noch ihre Hoffnung in junge Menschen, die sich ihrer Meinung nach aktuell wieder mehr für Politik interessierten.



Die in den Gruppen erarbeiteten Poster wurden nach der Arbeitsphase im Plenum aufgestellt, damit sie während der anschließenden Mittagspause von den anderen Gruppen angesehen werden konnten.



3.3 World Café und Diskussion mit dem Abgeordneten

In der Mittagspause kam dann Timo Schisanowski (SPD) hinzu und setzte sich mit einem Teller zu den Teilnehmenden. Um 13 Uhr ging es dann im Plenum weiter. Nach einer kurzen Vorstellung durch den direkt gewählten Abgeordneten wurden ihm die drei Themen vorgestellt, an denen in neu gebildeten Kleingruppen am Nachmittag gearbeitet werden sollte:

1. **Information und Beteiligung**, mit Fragen wie: Welche Beteiligungsmöglichkeiten sollte der Staat anbieten und wie verbindlich sollten sie sein? Wo braucht es mehr Transparenz?
2. **Wahlen**, mit Fragen wie: Ab welchem Alter sollten wir wählen dürfen? Braucht es dafür zwingend die deutsche Staatsbürgerschaft? Und wer sollte sich zur Wahl stellen dürfen?
3. **Direkte Demokratie**, mit Fragen wie: Brauchen wir Volksabstimmungen auf Bundesebene?

Ziel der Gruppenarbeit

In den folgenden knapp eineinhalb Stunden wurde in den drei Gruppen an einem Plakat gearbeitet, auf dem ihre Haltung zu den Gestaltungsmöglichkeiten der Politik im jeweiligen Themenbereich erkennbar werden sollte. Eine erste Aufgabe war es, sich auf begrüßenswerte **Ideen** und Maßnahmen zu verständigen, bei denen alle mitgehen können. In einem weiteren Schritt formulierten alle Gruppen aber auch **rote Linien**, also politische Schritte, die für sie nicht in Ordnung oder zu weit gingen. Um diese Konsense herauszuarbeiten, gab es ausreichend Zeit für moderierte Diskussion. War ein Konsens nicht erreichbar, so konnte ein eigener Bereich auf dem Plakat genutzt werden, um aufzuzeigen, bei welchen Maßnahmen noch **Uneinigkeit** in den Gruppen besteht.

Ablauf der Gruppenarbeit

Zunächst stellten die Moderation die in der Begleitmappe für die jeweilige Gruppe zusammengestellten Informationen vor und beantworteten Verständnisfragen. Es folgte die Bearbeitungszeit, in der auch der Abgeordnete Timo Schisanowski (SPD) nacheinander in allen Gruppen zuhören, Fragen beantworten und mitarbeiten konnte. Diese Methode wurde angewandt, um ihm einen Blick in die Arbeitsatmosphäre des Wahlkreistags und die Entstehung der Gruppenergebnisse zu ermöglichen. Außerdem sollte die gemeinsame Arbeitszeit die sonst übliche Gegenüberstellung von „der Bevölkerung“ einerseits und „der Politik“ andererseits aufbrechen.





Ablauf der Präsentation

Nach der Gruppenarbeit und einer Kaffeepause fanden sich alle Anwesenden bei bestem Wetter draußen zusammen, um ihre Ergebnisse den anderen Gruppen zu präsentieren, sie zu diskutieren und ein Stimmungsbild abzugeben. Hierbei ging die Moderation so vor, dass sich zunächst alle Teilnehmenden nach der Präsentation der Ergebnisse einer Gruppe in einer von drei Ecken aufstellen sollten, je nachdem ob sie dem erarbeiteten Maßnahmenpaket zustimmten („Ja“), es ablehnten („Nein“), oder nicht genügend Informationen besäßen, um eine Entscheidung zu treffen („Weiß nicht“). Es war selbstverständlich auch möglich, sich zwischen den Positionen zu verorten. Anschließend wurden gezielt einige Teilnehmende gefragt, weshalb sie so stünden. Im Verlaufe der folgenden Diskussion, auch unter Einbeziehung der Positionierung und Äußerungen von Herrn Schisanowski, konnten sich alle im Dreieck bewegen, sollte sie eines der gehörten Argumente überzeugt haben.

Die folgenden Unterkapitel fassen die Ergebnisse der drei Gruppen und die dazugehörige Diskussion im Plenum zusammen.

3.3.1 Gruppe 1: Information und Beteiligung

Acht Teilnehmende waren Teil dieser Gruppe. Sie war zudem die erste Station Herrn Schisanowskis. Im Zentrum der Diskussion standen die Fragen: Wie informieren sich Menschen, auf welche Angebote greifen sie zurück? Welche Art von Begegnung zwischen Menschen und Politik braucht es für gute Beteiligung? Letztlich konnten sich die Mitglieder in allen Punkten auf einen Konsens verständigen, sodass das Feld „Worüber wir uns nicht einig sind“ leer blieb.

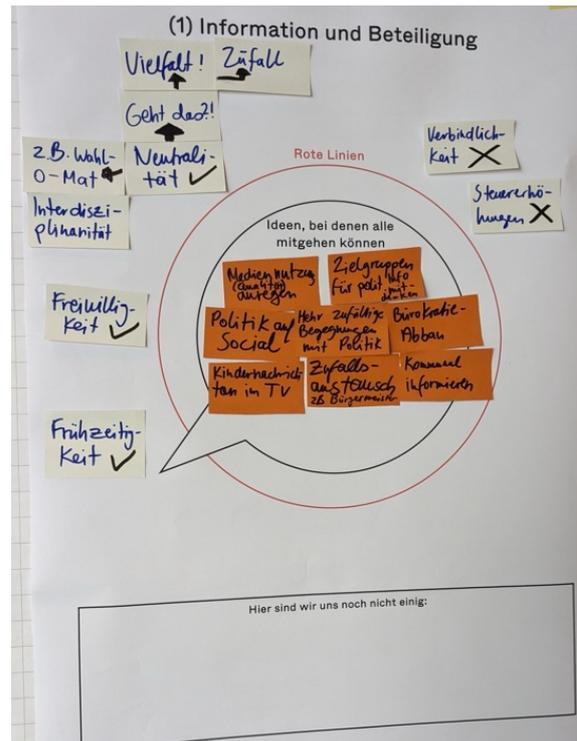
Ideen bei denen alle mitgehen können

- **Qualitativ hochwertige Mediennutzung** anregen: Hintergrund war die Beobachtung, dass viele Menschen nicht wüssten, woher sie verlässliche und seriöse Informationen bekommen.
- Junge Teilnehmende wünschten sich, dass **Politiker:innen auf den sozialen Medien** präsenter sind.
- Ein Jugendlicher regte an, dass es doch nach Schulschluss **Kindernachrichten im TV** geben sollte.
- Dahinter stand die übergreifende Forderung, die **spezifischen Zielgruppen für politische Informationen mitzudenken** und verschiedene Angebote zu schaffen.
- Ein Teilnehmender wünschte sich, dass bei diesen Informationsangeboten auch die **kommunale Ebene**, die am nächsten an den Menschen dran ist, nicht vergessen wird.
- In Bezug auf Beteiligung wünschten sich die Teilnehmenden **mehr zufällige Begegnungen** mit der Politik, wie sie beim Wahlkreistag stattfindet.

Wie auch schon bei vergangenen Wahlkreistagen des Projekts *Hallo Bundestag* wurden in dieser Runde einige Ideen genannt, die es bereits gibt: Die meisten Politiker:innen sind in den sozialen Medien aktiv (wenn auch in Augen des Teilnehmers nicht präsent genug) und Kindernachrichten gibt es seit mehreren Jahren, sowohl in TV als auch im Radio. Es scheint also nicht nur darum zu gehen, neue Angebote zu schaffen, sondern auch darum, die **Bevölkerung mit den bestehenden Angeboten zu erreichen**.

Rote Linien

- Ein Jugendlicher sprach sich für Bürokratieabbau aus. Im Kontext des Themas verständigte sich die Gruppe auf die Forderung, dass für die oben gewünschten Angebote **keine neuen bürokratischen Strukturen** geschaffen werden sollten.
- In eine ähnliche Kerbe schlägt die rote Linie, dass zur Finanzierung dieser neuen Beteiligungsangebote **keine Steuern erhöht** werden sollten.
- Die Teilnehmenden sprachen sich dagegen aus, dass neue Beteiligungsangebote verbindlich würden, sie müssten **auf Freiwilligkeit beruhen**.
- In jedem Fall müsse vermieden werden, Informationen so **kurzfristig** zur Verfügung zu stellen, dass sich nur sehr wenige hinreichend vorbereiten könnten.



Abschließend wurde länger über **Neutralität** diskutiert. Was bedeutet Neutralität und ist sie überhaupt erreichbar? Eine Möglichkeit, sie zu gewährleisten sahen die Teilnehmenden in der Zufallsbeteiligung: Das Lösen bringe eine vielfältige Gruppe zusammen, die es schaffe, Lösungen für das Allgemeinwohl zu erarbeiten. Voraussetzung hierfür sei jedoch auch eine interdisziplinäre Erarbeitung der zur Verfügung gestellten Informationen. So solle bspw. für eine Beteiligung zum Thema Mobilität nicht nur die Mobilitätsforschung, sondern auch die Soziologie oder die Ökonomie befragt werden. Ein gutes Beispiel für Neutralität war für die Teilnehmenden der Gruppe der Wahl-O-Mat.

Vorstellung und Diskussion im Plenum

Nach der anschließenden Vorstellung positionierten sich 20 der Teilnehmenden zustimmend, einer zwischen Ja und Nein, und einer beim Fragezeichen – ihm war der Zusammenhang der einzelnen Forderungen schlichtweg noch etwas unklar geblieben. Ablehnungen gab es keine.



Derjenige, der zwischen Ja und Nein stand, begründete dies mit folgender Aussage: „Wer oder was kann sicherstellen, dass zum Beispiel der Wahl-O-Mat neutral ist? Bei mir bleibt die Frage zentral, wie schaffe ich es denn, dass sich die Leute überhaupt für Politik interessieren? Die Idee vom Zufall der Gruppe ist dabei aber denke ich ein guter Ansatz.“

Das so angesprochene Thema Neutralität wurde auch von einer anderen Teilnehmerin noch einmal aufgegriffen: Hierbei gehe es in erster Linie um Vertrauen, sei es in Personen oder eine Institution wie die Bundeszentrale für politische Bildung, die den Wahl-O-Mat zur Verfügung stellt. Sie fragte sich in dem Kontext, wie sie sich darauf verlassen könne, dass Leute in Positionen mit Einfluss wie bspw. Politiker:innen über ausreichend Wissen verfügen, um notwendige Entscheidungen zu treffen. Hierauf ergänzte ein Teilnehmer, dass er es sich von den Politiker:innen wünsche, daran zu arbeiten, als Fachleute ebenso viel Vertrauen in der Bevölkerung zu genießen wie er in seiner Tätigkeit als niedergelassener Hausarzt.

Anschließend kam auch Herr Schisanowski zu Wort. Er begrüße die Forderungen im Grundsatz, stehe jedoch nicht bei einem klaren „Ja“, weil er bei manchen Forderungen unsicher bei der Umsetzung sei. Den hinter den Maßnahmen stehenden Wunsch, dass Politik und Staat wieder mehr für sich einstehen und werben müssten, weil „wir Politiker:innen“ zu passiv geworden seien, teilte er jedoch ausdrücklich.

3.3.2 Gruppe 2: Wahlen

Ideen bei denen alle mitgehen können

Es gab drei Ideen, die bei allen Teilnehmenden schnell auf Zustimmung stießen:

1. Ein **Wahlrecht ab 16 Jahren** auf allen Ebenen. Manchen war es hier wichtig, vor allem einheitliche Altersgrenzen auf allen politischen Ebenen zu haben.
2. Die **Direktwahl** der/des Bundespräsident:in.
3. Die Idee einer **Ersatzstimme** – für den Fall, dass die Partei, die man gewählt hat, die 5%-Hürde nicht überschreitet. Das eröffne grundsätzlich die Chance auf einen Wandel im aktuellen Parteien-Stimmengewicht.

In der Gruppe gab es eine ausführliche Diskussion dazu, ob es ein Wahlrecht für die Bundestagswahl auch für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft geben sollte, die allerdings seit vielen Jahrzehnten in Deutschland leben. Einigen war es zunächst wichtig, dass sich in Deutschland lebende Menschen um ihre Einbürgerung bemühten. Im Zuge der Diskussion wurde aber deutlich, dass es Gründe geben kann, gerade bei Älteren, warum das nicht in Frage komme (z. B. wenn sie sich auch nach vielen Jahren noch der Heimat zugehörig fühlen). Als zweites Problem benannten einige, dass es dann für Menschen unter Umständen möglich sei, an zwei nationalen Wahlen teilzunehmen. Hier wünschten sich manche daher, dass sie sich für eine Wahl entscheiden müssten. Am Ende einigte sich die Gruppe auf den Vorschlag, das Wahlrecht für Menschen zu erweitern, die seit mindestens 10 Jahren in Deutschland lebten und ihr Wahlrecht im Heimatland abgegeben haben.

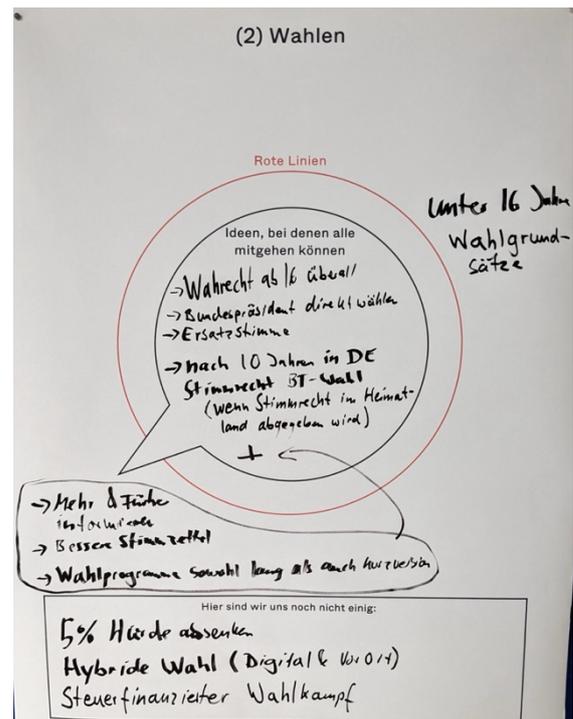
Neben den „harten“ Regeln zum Wahlrecht, gab es auch „weiche“ Forderungen, die eher auf die Information zu Wahlen abzielten. Hierzu zählte, dass Wahlzettel verständlicher aufgebaut werden sollten, Wahlprogramme in kurzer und langer Version vorliegen sollten und schließlich, dass politische Bildung gestärkt und früher angesetzt werde.

Rote Linien

Als rote Linie wurde eine Veränderung der Grundsätze der Demokratie genannt. Wahlen müssten geheim, unmittelbar, gleich, allgemein und frei bleiben. Auch die Meinungsfreiheit müsse gewahrt werden. Ein Wahlrecht für *unter 16-Jährige* war eine weitere rote Linie der Gruppe.

Hier sind wir uns noch nicht einig

Uneinig war sich die Gruppe bei den Fragen, ob die Absenkung der 5% Hürde sinnvoll sei, eine Wahl auch digital möglich sein sollte und ob Wahlkampf durch Steuergelder finanziert werden dürfe.



Vorstellung und Diskussion im Plenum

Im Plenum gab es viel Zustimmung zu den Vorschlägen der Gruppe aber auch einiges, das kritisch gesehen wurde. So waren auch nach längerer Diskussion nicht alle davon überzeugt, dass das Wahlrecht für einen längeren Aufenthalt auch ohne Staatsbürgerschaft erteilt werden sollte. Dagegen wurde die Option eingebracht, es einfacher zu machen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen und auch den gleichzeitigen Besitz mehrerer Pässe zu ermöglichen. Herr Schisanowski könne sich ein Wahlrecht auch ohne Einbürgerung vorstellen, auch schon nach fünf Jahren.

In Bezug auf das Wahlalter gab es einzelne Stimmen im Plenum die die Volljährigkeit als Grenze bevorzugten, die allermeisten stimmen einem Wahlrecht auf allen Ebenen ab 16 aber zu. Auch Herr Schisanowski sprach sich dafür aus, zumal er das Risiko, dass junge Menschen durch eine „unvernünftige“ Wahl Schaden anrichten könnten, als sehr gering ansah, unter anderem weil diese Bevölkerungsgruppe eher klein sei. Die Vorteile, junge Menschen früher an das Wählen zu gewöhnen, überwiegen in jedem Fall.

In Bezug auf die Ersatzstimme gab es kritische Stimmen. Diese forderten, sich für eine Partei zu entscheiden. Auch Timo Schisanowski war dagegen. Die Stimmzettel seien eh schon sehr kompliziert und eine Ersatzstimme würde nur für noch mehr Verwirrung sorgen und die Auszählung wesentlich komplizierter machen.

Diskutiert wurde auch kurz, ob es eine Wahlpflicht geben sollte. Hier sprach sich Herr Schisanowski klar dagegen aus, die Freiwilligkeit der Wahl sei für ihn unantastbar.

In Bezug auf die Bundespräsident:innenwahl waren zunächst viele dafür, dass der/die Bundespräsident:in direkt vom Volk gewählt werden sollte. Herr Schisanowski legte dar, dass dadurch aber auch Populisten in die Position kommen könnten und dass sich in seinen Augen das bisherige Wahlprozedere sehr bewährt habe. Dies überzeugte einige Teilnehmende, sich auch von einer Direktwahl abzuwenden.

Zum Abschluss der Diskussion kam das Thema digitaler Wahlen auf. Herr Schisanowski sprach sich dafür aus, die Option neben Briefwahl und der Wahlurne einzuführen, um das Wählen zu erleichtern und ggf. auch für junge Menschen die Hürden abzubauen.



3.3.3 Gruppe 3: Direkte Demokratie

Die Gruppe 3 beschäftigte sich mit dem Thema "direkte Demokratie". Dabei wurde deutlich, dass die Teilnehmenden der Gruppe sich direktdemokratische Elemente zur Stärkung der eigenen politischen Stimme zwar vorstellen können. Um sich aber eindeutig für dieses Instrument auszusprechen, müssen bestimmte Bedingungen in der Umsetzung erfüllt sein. Der Rahmen für diese Bedingungen wird nachfolgend durch die "Ideen" und "roten Linien" abgesteckt:

Ideen bei denen alle mitgehen können

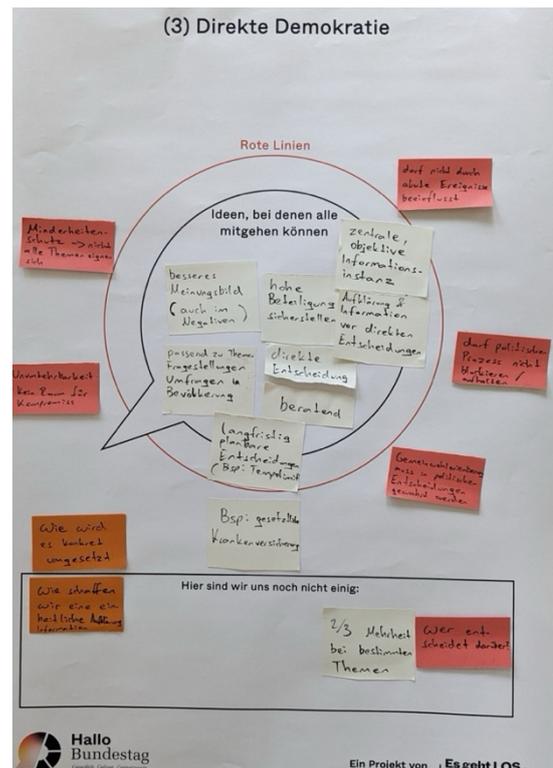
- Eine **hohe Beteiligung** muss sichergestellt werden.
- Im Vorfeld brauche es **Aufklärungs- und Informationskampagnen**. Es bestand jedoch Uneinigkeit darüber, wie eine einheitliche Informationsbasis geschaffen werden könne (s. unten).
- Es müsse unterschieden werden zwischen direkt **entscheidenden und beratenden Befragungen**.
- Eine Umsetzung, bei der alle mitgehen können (beratend), sah wie folgt aus: Bei strittigen politischen Debatten sollte eine gute Kommunikation und Information über die zentralen Punkte der gegenüberstehenden Positionen stattfinden. Dann wird eine repräsentative Umfrage bei den Bürger:innen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage als auch wie diese anschließend in die politische Entscheidung mit einbezogen wurden, müssen transparent kommuniziert werden.

Rote Linien

- Befragungen dürften nicht durch akute Ereignisse beeinflusst werden.
- Sie dürften den politischen Prozess nicht blockieren.
- Gemeinwohlorientierung müsse gewahrt werden.
- Es brauche einen Minderheitenschutz: Nicht alle Themen eignen sich für direktdemokratische Abstimmungen
- Bei direktdemokratischen Abstimmungen kann es passieren, dass komplexe Themen auf Ja/Nein-Fragen reduziert werden. Das kann dazu führen, dass komplexe Diskussionen abgekürzt und als "geklärt" angesehen werden.

Hier sind wir uns noch nicht einig

- Wie kann eine einheitliche Informationsbasis geschaffen werden?
- Sollte es bei bestimmten Themen eine 2/3-Mehrheit geben und wer entscheidet darüber, welche Themen das sind?



Vorstellung und Diskussion im Plenum

In einer lebhaften Diskussion wurden direktdemokratische Elemente vorgestellt, die die Stimme der Bürger:innen in politischen Entscheidungen stärken könnten. Nach der Vorstellung positionierten sich die Teilnehmenden zu den Vorschlägen: Zehn Personen stellten sich zu "Ja", sieben zu "Nein", während sich fünf nicht eindeutig positionierten.

Die Befürworter:innen argumentierten, dass politische Entscheidungen nicht immer ausschließlich Fachentscheidungen seien und es daher wichtig sei, dass Menschen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, auch wenn sie nicht die Entscheidung selbst treffen. Schisanowski unterstützte diese Sichtweise und betonte, dass es wichtig sei, dass die Politik verstärkt den Austausch mit Bürger:innen sucht. Er verwies darauf, dass es für unsere Demokratie zu wenig sei, wenn nur alle vier Jahren zu Wahlen aufgerufen werde. Dies führe dazu, dass Politiker:innen teilweise nicht sicher wüssten, wie die Menschen zu bestimmten Themen denken. Zwar gebe es bereits Umfragen, auf die Politiker:innen sich beziehen, doch seien diese nicht immer zuverlässig und hätten daher einen weniger beratenden Charakter, als es in dem Vorschlag der Gruppe skizziert wurde. Zwei unentschlossene Personen wechselten aufgrund seiner Argumente ins "Ja"-Lager.

Diejenigen, die mit "Nein" stimmten, hatten verschiedene Bedenken. Einige äußerten, dass sie keine „Fans“ direkter Demokratie seien und dass wichtige Entscheidungen und Verantwortlichkeiten von der Politik nicht einfach abgegeben werden sollten. Ein Beispiel aus Hagen wurde genannt, wo das Interesse an der Abstimmung über ein Hallenbad gering war, er sich aber verpflichtet gefühlt habe, teilzunehmen, seine Entscheidung aber entsprechend uninformiert getroffen habe. Es wurde auch betont, dass Politiker:innen gerade deshalb gewählt würden, weil man ihnen vertraue, die Zeit und die Qualifikation zu haben, komplexe Probleme zu verstehen und zu lösen. Ein weiterer Punkt war, dass eine beratende Instanz, die die Politiker:innen unterstützt, besser wäre, als direkte Volksentscheide.

Einige Teilnehmende waren unentschlossen und brauchten mehr Zeit, um Position zu beziehen. Es wurde deutlich, dass bei direktdemokratischen Elementen der zeitliche Rahmen für die Einbindung der Bürger:innen stimmen und dass man sich Gedanken über Themenauswahl und Umsetzung machen müsse.

Es gab Vorschläge zur Verbesserung der Bürger:innenbeteiligung. Herr Schisanowski schlug vor, über ein Format wie „Halo Gesundheitsreform“ nachzudenken oder digitale Stimmungsabfragen per App durchzuführen, um schnelle Einschätzungen zu erhalten. Zudem kranke die Gesellschaft laut Gruppe derzeit an schnellen Entscheidungen, deren Ergebnisse man erst in zehn Jahren sehe, und dass Politiker dafür bei der nächsten Wahl abgestraft würden. So wurde vorgeschlagen, die Amtszeit des Bundestages auf fünf Jahre zu verlängern und die Landtagswahlen in die Mitte der Bundestagsamtszeit zu legen, um das System zu entlasten.

Am Ende der Diskussion lobte Herr Schisanowski die differenzierte Diskussion. Es habe sich gezeigt, dass viele Entscheidungen nicht einfach auf „Ja“ oder „Nein“ herunterzubrechen sind und dass der beratende Charakter der Bürgerbeteiligung sehr ernst genommen wurde. Insgesamt sei sehr deutlich geworden, dass eine stärkere Einbindung der Menschen in politische Entscheidungsprozesse wichtig sei, um vielfältige Perspektiven zu berücksichtigen und das Vertrauen in die Politik zu stärken.



3.4 Abschlussrunde

Der Wahlkreistag wurde wie alle vorigen mit einer Feedback- und Reflexionsrunde sowie Informationen zum langfristig angelegten Wahlkreisrat geschlossen. Im Wahlkreisrat treffen sich Teilnehmende aller drei Projektphasen, um über politische Themen zu sprechen. Da dies der letzte Wahlkreistag im Rahmen von *Hallo Bundestag* war, äußerten viele Teilnehmende und der Abgeordnete Timo Schisanowski (SPD) in der Abschlussrunde die Hoffnung, es möge mit dem Format irgendwie weitergehen. Die Teilnehmenden zeigten sich dankbar für den respektvollen Austausch und die Chance, Demokratie einmal so hautnah zu erleben. Herr Schisanowski bedankte sich zudem für die Gelegenheit, „heute einmal länger dabei sein und den Teilnehmenden vor allem zuhören zu können“. Dies sei für ihn als Politiker, der es gewohnt ist, viel zu sprechen, sehr lehrreich gewesen.

Vor der Abschlussrunde der Teilnehmenden musste Herr Schisanowski dann die Veranstaltung verlassen, um es rechtzeitig zu einem Folgetermin im Wahlkreis zu schaffen.

Er wurde zuvor noch von einem Jugendlichen danach gefragt, was er vom heutigen Tag für seine Arbeit mitnehme. Er antwortete: „Wenn man es erstmal schafft, sich persönlich zu begegnen, dann ist der erste Schritt gemacht. Als Politiker bin ich Volksvertreter, doch die Politik hat sich ein bisschen von dieser Rolle entfernt. Und dann merke ich aber, dass an einem Tag wie heute wieder Nähe entsteht, und man in den Austausch kommt. Infostände, Flyer und Ähnliches sind sehr oldschool und erreichen nicht jeden. Daher braucht die Demokratie dringend ein Update – und hierfür müssen sich beide Seiten bewegen, vor allem jedoch wir als Politiker:innen.“



Stimmen der Teilnehmenden aus der Abschlussrunde

„Ich bin ohne Erwartungen gekommen. Ich habe mich dabei ertappt, dass ich bei einer Frage meine Meinung geändert habe. Das Format sollte größer gemacht werden! Gerade für Leute, die sich nicht für Politik interessieren, ist es denke ich ein sehr gutes Format.“

„Man hört ja sehr viel von Politikverdrossenheit. Doch ich muss sagen: Nach diesem Tag habe ich das Gefühl, dass die Demokratie lebt.“

„Ich fand vor allem gut, dass die Jugend besser informiert ist als ich dachte, das macht mir Hoffnung.“

„Ich habe heute viele Inputs bekommen. Wir haben im Kleinen eine Demokratie erlebt: Wir sind ganz viele unterschiedliche Menschen, die zusammen etwas gemacht und unsere unterschiedlichen Meinungen ausgetauscht haben.“

„Ich hoffe auf eine Anschlussfinanzierung für das Projekt. Ich hätte mir aber auch mehr Politiker gewünscht und Parteien für die Meinungsvielfalt. Aber das Format und die Art und Weise, wie das Team es umsetzt, war so gut, dass es unbedingt weiter gehen sollte. Das war der dritte Samstag in Folge, an dem ich nicht draußen war und es hat sich voll gelohnt.“

„Der Zufall ist nicht unser Feind, sondern unser Freund, das nehme ich mit. Ich fände es schade, wenn das Projekt im Sande verläuft und hoffe auch, dass es weitergeht, es braucht solche Formate wie dieses.“

„Vor allem fand ich den Unterschied zu den Diskussionen auf Social Media gut. Hier wurde mit Respekt gesprochen und auch wenn ich nicht derselben Meinung war, konnten wir weiter miteinander sprechen.“

„Ich fand den Tag auch sehr schön. Ich bin eine Person, die sich nicht so viel mit Politik beschäftigt, aber ich weiß jetzt, dass ich bei der nächsten politischen Veranstaltung gerne teilnehmen möchte, aber es wäre auch noch schön, jetzt noch einen inoffiziellen Austausch mit Politiker:innen machen zu können.“

„Die Diskussionen hier sind nicht verlaufen wie sonst im Alltag. Das war ein sehr schöner und guter Raum, den das Team hier geschaffen hat.“

4 Ausblick

Der Wahlkreistag im Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I am 27. April 2024 mit 22 Teilnehmenden und dem Bundestagsabgeordneten Timo Schisanowski (SPD) erhielt insgesamt sehr positive Resonanz. Am Ende des Tages blieben einige Teilnehmende noch vor Ort, um sich mit dem Team und einem Journalisten vom Radio Hagen zu unterhalten.

[Hier](#) können Sie den anschließend veröffentlichten Audiobeitrag nachhören.

Fast alle Anwesenden meldeten sich für die Weiterarbeit im Wahlkreisrat an. Auch das positive Feedback in der Abschlussrunde, die Gespräche nach Ende der Veranstaltung sowie die Rückmeldungen des Abgeordneten zeigten: Der Wahlkreistag wurde von vielen als sehr lohnendes und Demokratie stärkendes Format angesehen. Herr Schisanowski bot weiterhin an, für Fragen offenzustehen. Eine Folgetermin mit dem Wahlkreisrat ist mit den Abgeordnetenbüros in Klärung, um auch noch Frau Helling-Plahr und Herrn Dahmen, die bei keinem Wahlkreistag persönlich dabei waren, die Gelegenheit zu geben, ehemalige Wahlkreistagsteilnehmende zu treffen.

Dies war der letzte Wahlkreistag im Projekt *Halo Bundestag*. Im Juni 2024 wird das Projekt abgeschlossen und eine mögliche weitere Skalierung vorbereitet.

Impressum

Herausgeber: Es geht LOS, Wrangelstraße 22, 10997 Berlin

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg als

Demokratie Innovation e.V. unter VR 36580, Vorstand: Katharina Liesenberg (1. Vorsitzende), Jonas Beuchert (Stellvertreter), Dr. Joachim Haas (Finanzbeauftragter)

Autor: Paul Naudascher

Veröffentlichung: Juni 2024